

# Streit wegen Windkraft

GT 17.3.17

**POLITIK** Bad Orbs Parlament liefert sich heftige Debatte wegen Gestattungsvertrag für eine Stromtrasse

**BAD ORB** (cw). Es war schon eine Überraschung. Da sprachen sich im vergangenen Oktober alle vier Bad Orber Parlamentsfraktionen in einer Resolution für einen windkraftfreien Spesart aus. Und nun, wenn es um einen Gestattungsvertrag für den Anschluss des geplanten Windparks Flörsbachtal/Jossgrund an das Umspannwerk „Eiserne Hand“ über Orber Gebiet geht, erfolgt keine ebenso einhellige Ablehnung. Mit der Stimmenmehrheit von FBO und SPD wurde der Antrag zur weiteren Beratung in den Bau- sowie den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen. Allerdings nicht, ohne im Parlament noch einmal für eine emotional höchst aufgeladene Debatte zu sorgen.

Schon FWG-Fraktionschef Thorsten Stock gab als erster Redner die Richtung vor. Diese Abstimmung, die in seiner Fraktion intensiv diskutiert worden sei, stelle für ihn eine Standpunktbestimmung für oder gegen Windkraft in der Region dar, die seine Fraktion mit einem klaren „Nein“ beantwortete. Differenzierter sah dies hingegen SPD-Fraktionschef Winfried Krämer. Zwar könne man als Parlament für Bad Orb eine Entscheidung fällen. „Wir können uns aber nicht anmaßen, anderen Kommunen vorzuschreiben, welche Entscheidungen sie in dieser Situation treffen. Da mag es Haushalts- oder an-

dere Zwänge geben, die die Parlamente möglicherweise zu einem ‚Ja‘ veranlassen“, so Krämer. Er selbst sah die eigentlichen Arbeiten im Stadtwald unproblematisch und befürchtete, dass ein Nein aus Bad Orb nichts verhindere, sondern lediglich die Trassenführung verändere. Der SPD-Mann regte an, die möglichen Vorteile einer solchen Maßnahme auszuloten und diese ausführlich in den zuständigen Ausschüssen zu diskutieren. Dazu könne man dann auch den Naturenergie-Geschäftsführer Oliver Habekost einladen, dessen Unternehmen sich mit dem Projektierer juwi um Bau und Betrieb des geplanten Windparks Flörsbachtal/Jossgrund bemühe. „Würden wir möglicherweise diese Trassenführung gestatten, könnten wir Habekost dafür das Versprechen abringen, dass die Naturenergie auf Projekte auf Orber Gemarkung verzichte, auch auf solche, die sich nicht in unserem Einflussbereich befinden, wie etwa auf Hessel-Forst-Gebiet“, hoffte Krämer. Außerdem ließe sich so vielleicht der Bau einer Power-to-Gas-Anlage und einer Wasserstofftankstelle ins Gewerbegebiet „Eiserne Hand“ holen, die auf Kreisebene diskutiert werde.

Eine deutliche Ablehnung gab es hingegen von der CDU. Ihr Vertreter Bernhard Acker verdeutlichte, dass dieser

Vertrag – auch nach Prüfung des Hessischen Städte- und Gemeindebunds – nur Nachteile für die Stadt bedeute. So lege sich die Stadt für 28 Jahre fest, erhalte dafür einmalig rund 9000 Euro und stimme sogar zu, dass diese eingeräumten Rechte auch auf andere, etwa Banken oder Projektierer, übertragen werden könnten. Es bestehe auch die Gefahr, dass weitere Anlagen an die geplante Leitung angeschlossen werden könnten und Bad Orb durch die Windkraftanlagen seinen Heilbadstatus verlieren könne. Deshalb lehne die Union diesen Vertrag strikt ab.

## „Postengeile Typen“

Für FBO-Fraktionschef Ralf Diener waren diese Aussagen allerdings „Doppelzüngigkeit“ der Orber CDU, teilweise vorgebracht von „postengeilen Typen“. Zwar nehme man Personen wie Bernhard Acker oder Heinz-Josef Prehler ihre aufrichtige Ablehnung der Windkraft noch ab, nicht aber anderen, wie Diener in Richtung von Tobias Weisbecker ausführte. Diese Aussagen führten zu einem wütenden Protest von CDU-Fraktionschef Michael Kertel, der den Parlamentsvorsitzenden Heinz Grill (SPD) zum Eingreifen wegen Beleidigung aufrief. Doch dieser erwiderte

nur, dass man Diener zunächst seine Ausführungen beenden lassen solle, um dann auf weitere Intervention Kertels zu erklären, er habe die Äußerung „postengeil“ nicht gehört. Im Ton nun etwas gemäßigter fügte Diener eine Erklärung für seinen Vorwurf an und berief sich dabei auf einen verhandelten Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD auf Kreisebene, der zwar nicht Realität wurde, aber nach Dieners Ansicht reichlich pikante Details enthalte. So stehe in dem bereits von der Kreis-CDU ratifizierten Papier, dass die Union keine Einwände gegen den geplanten Windpark Flörsbachtal/Jossgrund erhebe. Außerdem sollten im Falle des Zustandekommens die jeweiligen Landtags- und Bundestagsabgeordneten sich um Fördermöglichkeiten von Land und Bund für besagte Power-to-Gas-Anlage bemühen, mit der aus Erneuerbaren Energien gewonnener Strom in Gas umgewandelt und so speicherbar gemacht werden könnte. „Dies sieht für meine Begriffe nicht nach der strikten Windkraftablehnung aus, die die Union uns hier immer propagiert“, so Diener. Er unterstellte Weisbecker, der ebenfalls in der Kreispolitik aktiv ist, das Verfolgen persönlicher Interessen, etwa einen Posten auf Kreisebene.

Der so Angegriffene wies die Anschuldigungen entschieden zurück und

nannte Dieners Ausführungen ein „Beispiel übelster Parteipolitik“. Vielmehr wolle die FBO nach seiner Ansicht davon ablenken, dass sie eingeknickt sei in ihrer strikten Ablehnung von Windkraft vor Ort. Weisbecker betonte, dass er in seiner 25-jährigen ehrenamtlichen Arbeit als Politiker ein solches Vorgehen noch nicht erlebt habe. „Wenn ich mir die Besetzung von Ämtern und Positionen in den Bad Orber Gremien nach der letzten Kommunalwahl ansehe; dann muss ich mir schon die Frage stellen, wer hier postengeil ist“, fragte der CDU-Mann in Richtung von FBO und SPD, deren Vertreter sämtliche Ausschuss- und den Parlamentsvorsitzenden sowie den Ersten Stadtrat stellen. Er hoffe nur, dass man bald wieder zur Sachlichkeit zurückkehre.

In einer Reaktion betonten Heidrun Gotz und Werner Engel für die FBO noch einmal, dass sie keineswegs eingeknickt seien. „Wir stehen weiter zur Ablehnung der Windkraft. Aber es haben sich in der heutigen Debatte viele neue Informationen ergeben, die wir verstehen wollen, bevor wir abstimmen. Denn in der Vergangenheit haben wir häufiger die Erfahrung gemacht, dass nächtliche Entscheidungen aufgrund unzureichender Informationen gefällt wurden. Das möchten wir vermeiden“, stellten beide klar.

GT 17.3.17